

Russland Präsident Putin bezeichnet die Schere zwischen Arm und Reich als grösstes Problem

Putins «Kandidat» noch unbekannt

Ein Jahr vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit feierte der russische Präsident Putin bei der alljährlichen Marathon-Pressekonferenz im Kreml seine Erfolge. Fragen über seine Zukunft ignorierte er.

Christian Weisflog, Moskau

Nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit im März 2008 darf Wladimir Putin laut Verfassung nicht mehr für den höchsten Posten im Staat kandidieren. Wer aber folgt auf Putin? Und was macht Putin, der für viele russische Bürger als «Präsident der Hoffnung» gilt, wenn er nicht mehr Präsident ist? Anlässlich seiner möglicherweise letzten grossen Pressekonferenz im Kreml erwarteten gestern nicht wenige Beobachter von Putin selbst Antworten auf diese Fragen – oder zumindest eine Skizze seines «politischen Vermächtnisses».

Putin hält sich bedeckt

Kein Wunder also, pilgerten in diesem Jahr so viele ausländische und russische Journalisten in den Kreml wie nie zuvor: 1232 insgesamt. Doch obwohl ihm die Schlüsselfragen über seinen Nachfolger und seine Zukunft wiederholt gestellt wurden, deckte Putin seine Karten auch in diesem Jahr nicht auf. Es werde keinen «Nachfolger», sondern nur «Kandidaten für die Präsidentschaft» geben. Seine Aufgabe, so betonte Putin, bestehe darin, den Bürgern eine demokratische Wahl zu ermöglichen. Fast schon mit Hilfe falscher Beschei-



Ein Passant verfolgt in einem Moskauer Einkaufszentrum die Medienkonferenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin. (ap)

denheit versuchte er seinen Einfluss auf die Nachfolge-Frage herunterzuspielen: «Ich regiere nicht, ich arbeite nur», meinte der Präsident. Schliesslich kündigte er aber dennoch an, seinen bevorzugten Kandidaten im Vorfeld der Wahlen nennen zu wollen.

Um Putins Gunst buhlen im Moment vor allem Verteidigungsminister Sergej Iwanow und Vizepremier Dmitrij Medwedew. Medwedew, der zugleich Vorstandsvorsitzender bei Gasprom ist, scheint momentan die besseren Karten zu besitzen: Einerseits sprechen die

Umfragewerte für ihn, andererseits gilt der ausgebildete Jurist als «liberaler» Politiker und wäre wohl deshalb auch dem Westen genehm.

«Machtstrukturen konsolidieren»

Im Gegensatz zur Regelung der Nachfolge blieben Fragen über eine mögliche dritte Amtszeit Wladimir Putins unter Änderung der geltenden Verfassung diesmal aus. Erstaunlicherweise, denn nicht wenige im Kreml müssen wohl fürchten, dass sie nach Putins Abgang an Einfluss verlieren werden. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im März 2008 hat der Machtkampf hinter den Kulissen deshalb bereits begonnen. Dessen scheint sich auch Präsident Putin bewusst zu sein: «Das Ziel muss es sein, die herrschenden Machtstrukturen bis zu den Wahlen zu konsolidieren», erklärte der Kreml-Chef. Nur so könne die Ordnung im Hinblick auf die Wahlen bewahrt und das derzeitige Wirtschaftswachstum von rund sieben Prozent fortgesetzt werden. Er mahnte die zukünftigen Machthaber deshalb zur Verantwortung vor dem Volk: «Die Regierung muss so formiert werden, damit sie die Probleme lösen kann.»

Die Beibehaltung der derzeitigen Wirtschaftspolitik und des damit verbundenen Wachstumskurses muss laut Putin das oberste Ziel sein. Nur so könne auch Russlands grösstes Problem, der wachsende Graben zwischen Arm und Reich, geschlossen werden. Der russische Präsident bezeichnete das Jahr 2006 wirtschaftlich als Jahr des Durchbruchs, in dem die Stabilisierungs- in eine Entwicklungsphase übergegangen sei. Das Wachstum hänge nicht mehr nur von äusseren Faktoren, sprich hohen Energiepreisen, ab.

«Wir stehen über den Vorwürfen»

Dem russischen Präsidenten fällt es sichtlich leichter, über das Erreichte denn über die nahe politische Zukunft zu sprechen. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung zählten die Bewahrung der territorialen Einheit sowie die «Stärkung des politischen Systems» zu den Errungenschaften seiner Amtszeit, meinte Putin. Die Erfolge stimmen ihn selbstbewusst. So meinte er zu den Vorwürfen, denen er und sein Land nach der Ermordung der kremlkritischen Journalistin Anna Politkowskaja und der Vergiftung des ehemaligen Geheimdienstagenten Alexander Litwinenko in den letzten Monaten ausgesetzt waren: «Unser Staat befindet sich in einer solch guten Verfassung, dass wir über dem stehen.»

«Geiselhaft für Journalisten»

Als «gute Tradition» bezeichnet der russische Präsident Wladimir Putin seine alljährlichen Marathon-Pressekonferenzen, weil er dabei Gelegenheit habe, die Schlüsselfragen der In- und Aussenpolitik zu beantworten. Kritiker meinen hingegen, Putin wolle damit nur Volksnähe und Transparenz vorgaukeln. Fakt ist allerdings, dass auch Vertreter kritischer Medien ihre Fragen frei formulieren dürfen.

Allerdings sprechen westliche Korrespondenten aufgrund der Veranstal-

tungsdauer auch von einer «Geiselhaft für Journalisten»: Bereits zwei Stunden vor Beginn muss sich einfinden, wer rechtzeitig durch die drei Sicherheits-Checks kommen will. Und beantwortete Putin 2006 während drei Stunden und 26 Minuten über 60 Fragen, legte er seine Sicht der Dinge in diesem Jahr in drei Stunden und 32 Minuten dar. Es würde wohl als Zeichen der Schwäche und Amtsmüdigkeit gedeutet, würde sich der Präsident gegenüber dem Vorjahr kürzer fassen. Sich kurz zu fassen,

ist in Russland allerdings auch die Sache der Untertanen nicht: Insbesondere die aus den Regionen angereisten Journalisten stimmen gerne ausschweifende Lobpreisungen auf den Präsidenten an, um dann wohlwollend eine belanglose Frage zu stellen. Wobei Putin in solchen Situationen durchaus auch Humor beweist. Was er denn gegen schlechte Laune tue, wollte dieses Jahr ein Journalist wissen. Da helfe ihm meist ein Gespräch mit seinem Hund «Koni», antwortete der Präsident. (cwe)

Frankreich

Präsident Chiracs verbaler Ausrutscher

Frankreichs Präsident Jacques Chirac hat mit seinen jüngsten Äusserungen zur Bedeutung des iranischen Atomprogramms für Verwirrung gesorgt. Am Montag hatte Chirac gegenüber der «New York Times», der «International Herald Tribune» und «Le Nouvel Observateur» erklärt, die Weigerung Teherans, sich der Aufsicht der Internationalen Atomenergieorganisation zu unterwerfen, sei «sehr gefährlich». Er hatte hinzugefügt, nicht Teherans Besitz von Atomwaffen wäre gefährlich, sondern die weitere Verbreitung im Nahen Osten. Eine Atombombe würde Teheran nach Chiracs später zurückgezogenen Worten nichts nützen. «Wo will der Iran die Bombe denn abwerfen? Auf Israel?», sagte Chirac. «Teheran würde dem Erdboden gleichgemacht, noch bevor sie in die Atmosphäre gelangt wäre.» Am Dienstag lud Chirac dieselben Journalisten erneut in den Elyséepalast ein und korrigierte seine Aussagen. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Teheran dem Boden gleichmachen könnten», sagte Chirac. Er bekräftigte stattdessen, eine iranische Atomrakete würde beim Start «automatisch zerstört, und es gäbe unvermeidlich Vergeltungs- und Zwangsmassnahmen». (afp/reu)

Iran Präsident Ahmedinedschad verspricht nukleare Siegesfeiern

Tage «revolutionärer Morgenröte»

Präsident Ahmedinedschad verspricht den Iranern eine «nukleare Siegesfeier». Die Fähigkeit zur Uran-Anreicherung ist aber zweifelhaft.

Michael Wrase, Limassol

Der iranische Präsident Mahmud Ahmedinedschad will anlässlich der gestern eröffneten Feierlichkeiten zum 28. Jahrestag der Islamischen Revolution auch eine «nukleare Siegesfeier» veranstalten. Es sei die Verpflichtung seiner Regierung, die Atompolitik im grossen Massstab zu verwirklichen, verkündete Ahmedinedschad auf einer Kabinettsitzung. Mit äusserster Entschlossenheit werde die iranische Nation ihre «unveräusserlichen Rechte» im Hinblick auf die friedliche Nutzung der Atomkraft verteidigen. Niemals werde die Islamische Republik ihre Anreicherungsaktivitäten stoppen, betonte der iranische Vizepräsident Adil Abd al-Mahdi auf einer Pressekonferenz in Teheran.

Westliche Diplomaten in der iranischen Hauptstadt erwarten im Verlaufe

der zehntägigen Feiern der «revolutionären Morgenröte» eine offizielle Ankündigung der Regierung zur Installation von 3000 neuen Zentrifugen in der Anreicherungsanlage von Natanz. Dies habe Ahmedinedschad mit «nuklearen Siegesfeiern» gemeint. Unklar ist allerdings, ob es dem Iran gelingt, die Zentrifugen ohne Probleme am Laufen zu halten. Nur dann könnte ausreichend Uran-Hexafluorid für die Herstellung von Waffen angereichert werden.

Fehlende Schlüsselbausteine

Insider bezweifeln dies. Die Produktion von hoch angereichertem Uran im Iran sei chaotischen Bedingungen unterworfen, berichtet der Teheran-Korrespondent des britischen «Observer» unter Berufung auf Fachleute. Die technischen Probleme seien grösser, als nach aussen zugegeben würde. Ausserdem fehlten dem Land wichtige Schlüsselbausteine. Dabei soll es sich um hochwertige Kugellager für die aus Kohlefaser bestehenden Rotoren der Zentrifugen handeln. Bis vor zwei Jahren habe der Iran die Kugellager aus Malaysia bekommen. Nachdem die Quelle versiegte, begann der Iran mit nur mässigem Erfolg mit der Eigenproduktion der Ku-

gellager. Angesichts dieser und anderer technischer Schwierigkeiten müsste laut Medienberichten die bevorstehende Installation von 3000 Zentrifugen wohl eher als eine nationale Propagandaveranstaltung gewertet werden und nicht als grosser Durchbruch, mit dem sich Ahmedinedschad so gerne brüstet.

Zunehmende Kritik im Iran

Selbst in iranischen Regierungskreisen ist man mit der Atompolitik des iranischen Präsidenten zunehmend unzufrieden. Vor allem der Tonfall Ahmedinedschads in nuklearen Fragen, kritisierte unlängst das Hardlinerorgan «Dschumhurij-e Islami», sei unbeherrschend und widerwärtig, die Atompolitik unüberlegt und ungenügend durchdacht. Der iranische Politologieprofessor Nasser Hadian, ein Schulfreund Ahmedinedschads, erwartet vor diesem Hintergrund, dass das «Atomdossier schon bald wieder in besonnenere Hände gehen könnte». Hadian hält es sogar für möglich, dass die iranische Regierung nach der Installation der 3000 Zentrifugen einem Anreicherungsstopp zustimmt. «Nach einem nuklearen Sieg», glaubt der Wissenschaftler, «fällt einem das Einlenken bekanntlich leichter...»

Nahost

Gewalt unter Palästinensern

Kurz vor dem ersten Treffen des Nahost-Quartetts seit Monaten sind trotz Waffenruhe erneut Kämpfe zwischen Hamas und Fatah ausgebrochen.

Bei Kämpfen zwischen Anhängern der rivalisierenden Gruppen Fatah und Hamas im Gazastreifen sind gestern vier Menschen getötet und 43 verletzt worden, wie Ärzte und Sicherheitskräfte mitteilten. Die Gefechte begannen nahe der Flüchtlingslager Bureidsch und Nusseirat im Zentrum des Gazastreifens. Dort wurden ein Offizier und zwei weitere Mitglieder der Leibgarde von Präsident Mahmud Abbas bei Kämpfen getötet. Zur vierten getöteten Person wurde nichts bekannt. Die israelische Armee erschoss am Donnerstag im Westjordanland drei Palästinenser.

Vor dem Hintergrund anhaltender Gewalt tritt heute in Washington das Nahost-Quartett zusammen. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon hofft auf einen detaillierten Plan für die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP sagte Ban, es sei ermutigend, dass der Friedensprozess des Quartetts aus Uno, EU, den USA und Russland nun wiederbelebt werde. Auch die EU-Kommission dringt auf möglichst rasche Verhandlungen über den endgültigen Status der palästinensischen Gebiete. (afp/reu)

Israel

Olmert äussert sich zum Libanon-Krieg

Israels Premierminister Ehud Olmert hat am Donnerstag mehrere Stunden lang vor einer Kommission zur Untersuchung des Libanon-Krieges vom vergangenen Jahr ausgesagt. Der Regierungschef ist der ranghöchste und letzte Repräsentant, der seine Entscheidungen vor der so genannten Winograd-Kommission erläutern musste. Über den Inhalt von Olmerts Aussagen wurde offiziell nichts bekannt. Israelische Medien berichteten jedoch vorab, Olmert wolle die Verantwortung für das israelische Vorgehen während des Krieges übernehmen, sei sich jedoch keiner Schuld bewusst. Er wolle erklären, Israel habe den Krieg gewonnen, weil die pro-iranische Hisbollah-Miliz von der Grenze verdrängt worden sei. (dpa)

In Kürze

45 Tote bei Doppelanschlag

Hilla. Bei einem doppelten Selbstmordanschlag im Zentrum der irakischen Stadt Hilla sind am Donnerstag 45 Menschen getötet worden. 150 weitere Menschen wurden verletzt, als sich die beiden Attentäter inmitten des belebten Marktes in die Luft sprengten. Die Explosionen ereigneten sich nach Angaben der örtlichen Polizei im Abstand von wenigen Sekunden. Sicherheitskräfte hätten noch versucht, den zweiten Attentäter aufzuhalten. (afp/reu)

Rauchverbot in Frankreich

Paris. Ohne viel Aufhebens ist in Frankreich am Donnerstag das Rauchverbot in öffentlichen Räumen und am Arbeitsplatz in Kraft getreten. Praktisch überall hielten sich die Raucherinnen und Raucher diszipliniert an die neue Regel. Vor Bürogebäuden drängten sich mittags an vielen Orten Angestellte, um sich auf der Strasse eine Pausenzigarette anzuzünden. (dpa/afp)

Bové will Präsident werden

Saint-Denis. Bauernführer José Bové will sich um Frankreichs Präsidentschaft bewerben. Er trete als Vertreter der «anti-liberalen Linken» und «Fürsprecher der Stimmlosen» an, sagte der Globalisierungskritiker gestern. (afp)